

Zeitschrift: Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums
Herausgeber: Zürcher Institut für interreligiösen Dialog
Band: 8 (1952)

Rubrik: Dokumente

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DOKUMENTE

In London fand vom 29. Juni bis 1. Juli 1952 die Europäische Konferenz des jüdischen Weltkongresses statt. Bei diesem Anlaß wurde die nachstehende Deutschland betreffende Resolution gefaßt:

Die Konferenz jüdischer Gemeinden und Organisationen in Europa, die dem jüdischen Weltkongreß angegliedert sind, nimmt zur Kenntnis, daß hinsichtlich der materiellen Ansprüche Israels und der Weltjudenheit gegenüber Deutschland Fortschritte erzielt worden sind, bringt jedoch gleichzeitig ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die deutsche Bundesregierung in bezug auf andere in der vom Bundestag gutgeheißenen Erklärung von Bundeskanzler Adenauer vom 27. September 1951 behandelte Fragen, insbesondere Umerziehung des deutschen Volkes, die Ausmerzung der Doktrinen des Rassenhasses und der Diskriminierung sowie die Unterdrückung der Propagierung dieser Doktrinen bis heute noch keine geeigneten Maßnahmen ergriffen hat.

Die tiefe Besorgnis der Konferenz wird durch die Entwicklungen gesteigert, die sich seit dem Ende des Krieges vollzogen haben und vor denen der Jüdische Weltkongreß immer wieder gewarnt hat, nämlich die eingeschlagene Politik der Wiederaufrüstung West- und Ostdeutschlands und die wachsende Nachsicht gegenüber nazistischen Kriegsverbrechern.

Die Konferenz erhebt den Warnruf, daß diese Entwicklungen eine Ermutigung für die Wiedergeburt des deutschen Militarismus und aggressiven Nationalismus bedeuten, die sich bereits in ominösen Anzeichen manifestiert. Diese gleichen Erscheinungen haben bereits in der Vergangenheit nicht nur die Sicherheit des jüdischen Volkes, sondern auch den Frieden und die Demokratie in der ganzen Welt bedroht und können sie auch in der Zukunft wieder bedrohen — eine Gefahr, von der sich die demokratischen Elemente in Deutschland als erste Rechenschaft ablegen sollten.

Die Konferenz nimmt mit Beunruhigung davon Kenntnis, daß sich in Europa neofaschistische Parteien, oder Bewegungen, die die Schaffung solcher Parteien bezuwecken, offen organisieren. Sie nimmt ferner davon Kenntnis, daß diese Organisationen durch eine sehr aktive Propaganda unterstützt werden, die sich besonders in anti-semitischen Schlagworten und in der Aufreizung zum Rassenhass manifestiert. Sie kann in bezug auf ihre Intensität nur mit den unheil verkündenden Anzeichen verglichen werden, die dem Aufstieg des Nazismus und Faschismus vorausgingen. Die Konferenz bedauert den Mangel an Aktivität von Seiten der demokratischen Regierungen diesen Entwicklungen gegenüber. Sie erachtet es als ihre Pflicht, die Judenheit der Welt vor der Gefahr, die diese Situation in sich birgt, zu warnen und fordert die Weltexekutive auf, Schritte zu unternehmen, um einen wirksamen Kampf auf internationaler Grundlage gegen diese Bedrohung zu organisieren.